

## „Ein Krankenhaus ist kein Unternehmen“

Vortrag über die soziale Bedeutung des modernen Krankenhauses

Waldkirch (jb). „Die medizinische Hilfe darf nicht kapitalisiert werden“, stellte Professor Giovanni Maio bei seinem Vortrag über die politischen Entscheidungen im Gesundheits- und Krankenhauswesen im Foyer der Stadthalle fest. Zahlreiche interessierte Bürger und Angestellte des von der Schließung bedrohten Bruder-Klaus-Krankenhauses wollten sich von dem Mediziner der Universität Freiburg informieren lassen.



Prof. Giovanni Maio, Mediziner an der Uni Freiburg, referierte über die soziale Bedeutung des modernen Krankenhauses.

Für den veranstaltenden DGB-Kreisverband Emmendingen begrüßte Alexander Kauz die Zuhörer mit einem kurzen Überblick über die Lage. Seit Einführung der sogenannten Fallpauschale gehe mehr und mehr Krankenhäusern „die Luft aus“. Seit 1991 habe sich die Zahl der Krankenhäuser in öffentlicher Trägerschaft halbiert, die der privaten Häuser im gleichen Zeitraum jedoch verdoppelt. Das neue Profitstreben im Gesundheitsbereich gehe zulasten der Angestellten und Patienten. Nun gehe es darum, die politischen Entscheidungsträger von einem anderen Gesundheitssystem zu überzeugen.



Alexander Kauz vom DGB-Kreisverband Emmendingen führte in das Thema ein. Fotos: Jens Brodacz

### „Patientenwohl ist nicht verhandelbar“

In der psychischen und physischen Ausnahmezustand Krankheit brauche jeder Mensch jemanden, dem er blind vertrauen können müsse, stellte Maio zum Eingang seines Referates fest. Bislang hätten dies die Krankenhäuser geleistet. Das Patientenwohl sei nicht verhandelbar und müsse Ziel des Handelns der Beteiligten im Krankenhaus sein. Unbestreitbar müsse auch im Gesundheitswesen vernünftig gewirtschaftet werden, die schwarze Zahl könne aber nicht der übergeordnete Sinn der Pflege sein.

Was in der Produktion von Dingen durchaus angebracht sei, lasse sich

nicht oder nur durch einen „Gedankenbruch“ auf den Menschen übertragen. Die schwarze Zahl zeige zwar die Wirtschaftlichkeit eines Hauses, könne aber rein gar nichts über den Bedarf aussagen. Früher wurde durch eine retrospektive Abrechnung nachträglich bezahlt, was die Behandlung gekostet habe. Durch die neuen Fallpauschalen entstehe, erstmals in der Menschheitsgeschichte, der Gedanke: „Lohnt es sich dir zu helfen?“

Wie die nun notwendige Selektion von Patienten funktioniere, sehe man bei vielen privaten Kliniken. Dort stünde die Frage im Raum, welche Patienten man brauche und mit welchen sich kein Geld verdienen lasse. Diese Entwicklung sei durch-

aus politisch gewollt. Statt eine ausweglose langfristige Entscheidung nach Bedarfsfrage zu treffen, habe die Politik die Entscheidung an die bloßen Zahlen delegiert.

### „Krankenhäuser werden in eine Wettbewerbssituation gebracht“

Der Hintergedanke sei, die Häuser in einen Wettbewerb zu stellen, an dessen Ende schon die Richtigen verschwinden würden. Die Krankenhäuser würden so zu Unternehmen umdeklariert. „Ohne Zweifel braucht auch ein Krankenhaus eine Geschäftsführung und ein Controlling, aber ein Unternehmen ist es nicht“, stellte der Ethiker fest und erhielt spontanen Applaus.

Durch die Einführung der Fallpauschale seien in der Pflege 50.000 Stellen weggefallen, weil diese in dieser Logik nicht rentabel sei. Das sei künstlich evozierte Stress beim Personal, das zwar den Körper noch pflegen, den Menschen aber nicht mehr sehen dürfe. Ärzte würden dazu erzogen, den Umsatz als neues Ziel zu verinnerlichen. So ein System demotiviere junge Menschen, die in Pflegeberufe strebten; die Patienten würden allein gelassen. Schließlich würden Verlierer produziert, „die wir irgendwann alle sein werden“. Ältere Menschen, chronische oder komplexere Krankheiten könnten nicht mehr angemessen behandelt werden.

Um ein guter Arzt zu sein, müsse man heute „ein Stück weit ein Held sein“ und sich mit dem System anlegen. Ein Patient könne eben nicht nur abgefragt werden, er müsse auch verstanden und als Individuum gesehen werden. Abschließend stellte Maio fest: „Medizin ist öffentliche Daseinsvorsorge. Der Staat hat dafür zu sorgen, dass Menschen die Hilfe, die sie brauchen, auch bekommen.“ Im Anschluss an den Vortrag gab es noch die Gelegenheit für Rückfragen an den Freiburger Hochschullehrer.



### „Juchhu, wir haben eine neue Wasserstelle“

Waldkirch. Mit einem kleinen Festakt haben die Kinder und Erzieherinnen des Kindergartens St. Josef die neue Wasserstelle pünktlich zum Beginn des Sommers in Betrieb genommen. Zur Wassermusik von Händel tanzten kleine Wassernixen um die neue Wasserstelle. Danach wurde das Absperrband durchgeschnitten und endlich ging es los mit dem Befehl „Wasser Marsch“. Zusätzlich gab es an diesem Tag viele Attraktionen wie Fischeangeln, Seifenblasen, Wasserpistolenschießen und Schaumspielen. Auch für das leibliche Wohl war mit bunten Cocktails, Würstchen und Eis bestens gesorgt. Herzlich gedankt wurde dem Freundes und Förderkreis, ohne dessen Engagement die „tolle Anschaffung nicht möglich gewesen“ wäre. Foto: Kiga

## Neues Gewerbegebiet beschlossen

Aus dem Gemeinderat Waldkirch – Polizei: historischer Tiefstand an Kriminalität

Waldkirch (ght). Letzte Woche tagte der Gemeinderat Waldkirch öffentlich im Bürgersaal des Rathauses. Oberbürgermeister Roman Götzmann begrüßte die anwesenden Gemeinderatsmitglieder und Bürger und eröffnete die Sitzung mit dem Tagesordnungspunkt Eins, den Fragen und Anregungen der Zuhörer.

Für einen spektakulären Auftakt der Sitzung sorgte ein Bürger mit seiner Kritik an dem geplanten Umlegungsverfahren zur Schaffung eines neuen Gewerbegebietes an der B 294. Demnach würde sich die Stadt durch die Umlegung letztendlich am Verkauf des Geländes bereichern. Nach einem Vergleich mit Nazi-Deutschland resümierte er: „Sehr geehrte Gemeinderatsmitglieder, lassen Sie nicht zu, dass die Stadtverwaltung eine professionell organisierte Räuberbande wird!“ Oberbürgermeister Roman Götzmann verwies daraufhin den Kritiker in seine Schranken: „Sowohl die Einleitung als auch das Ende Ihrer Rede war zutiefst beschämend, damit haben Sie sich disqualifiziert!“

Aber es gab auch sachliche Anfragen, so zum Beispiel betreffend des geplanten Baus eines Hochwasserrückhaltebeckens im Dettenbachtal. Insbesondere zeigten sich die Bürger verärgert über die Größe des Bauprojektes und der Problematik, was mit ihren nicht weit entfernt vom Becken stehenden Häusern geschieht, wenn das Bauwerk dem Druck des gestauten Wassers im Ernstfall nicht standhält. Auch sehe man sich als Einwohner nicht in die Planung des Projektes einbezogen.

OB Götzmann machte deutlich, dass man sich derzeit in der Phase der Vorkundung mit aufwendigen Untersuchungen befinde, man sorgfältige Planungen vorlegen möchte und das Planfeststellungsverfahren noch durchgeführt werden muss. Dann aber wolle man auf die betroffenen Bürger zukommen.

### Neue Wahlhelfervergütungen einstimmig beschlossen

Mit Verweis auf das anstehende Jahr 2019 machte OB Götzmann deutlich, dass zahlreiche Wahlen, unter anderem die Europawahl sowie die Kreiswahl, anstehen. Daher sollen die Zahlungen an Wahlhelfer in einer Satzung geregelt werden. Einstimmig wurde die Änderung der Satzung über die Entschädigungen für ehrenamtliche Tätigkeiten beschlossen. So erhalten Wahlhelfer unter anderem am Wahltag 50 Euro Entschädigung sowie nach dem Wahltag zur Ermittlung der Wahlergebnisse 40 Euro. Zwischen der Stensbacher Straße / Talstraße und der B 294 soll das

neue Gewerbegebiet in der Größe von 10,7 Hektar entstehen. Hierzu wird aus dem Flächennutzungsplan das Bebauungsgebiet „Brunnenrain“ entwickelt. Klare Eigentumsverhältnisse soll das hierzu parallel einzuleitende Umlegungsverfahren schaffen. Der Stadt entstehen keine Kosten durch Planungen und Gutachten. Letztendlich sollen durch diese Maßnahme Firmen in Waldkirch gehalten werden sowie rund 700 Arbeitsplätze gesichert werden.

Der öffentlich bestellte Vermessungsingenieur Hans-Peter Markstein machte die Gemeinderäte mit dem komplizierten Umlegungsverfahren vertraut. Unter anderem machte er deutlich, dass das Umlegungsverfahren ein amtliches Grundstückstauschverfahren ist, keinesfalls aber eine Enteignung darstellt. Ferner gebe es um die Umwandlung des Gebietes vom Bauerwartungsland in Bauland.

Josef Rothmund (DOL) hob hervor, dass man mit dem Bürger Einklang finden müsse. Gabriele Schindler (SPD) sagte, man müsse den Grundstückseigentümern faire Preise unterbreiten. Die Freien Wähler betonten, dass man es nicht verantworten könne, wenn Firmen aus Waldkirch abziehen. Christian Ringwald (CDU) verwies auf die Gewerbesteuer als städtische Einnahmequelle. Bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung wurde die Aufstellung des Bebauungsplanes mehrheitlich beschlossen.

Der Bedarfsplanung für Kindertageseinrichtungen sowie die Übernahme des Betriebskostendefizits des evangelischen Kindergartens wurden einstimmig beschlossen. Zwar räumte Rothmund ein, in Waldkirch gut aufgestellt zu sein, machte aber dennoch deutlich, zu zusätzlichen Platz für Kinder zu benötigen. Dies decke sich mit der Erkenntnis von Kindergärten und Stadtverwaltung, dass insbesondere bei unter Dreijährigen mehr Plätze benötigt würden. Alle Gemeinderäte waren sich einig, dass hier gehandelt werden muss. Oberbürgermeister Roman Götzmann sagte zu, sich des Problems anzunehmen und nach einem neuen Kindergartenstandort zu suchen.

„Die Stadt ist sehr sicher!“

Der Revierleiter der Waldkircher Polizei, Ulrich Hildenbrand, attestierte in seiner Unfall- und Kriminalitätsstatistik Waldkirch einen historischen Tiefstand an Kriminalität, der sich mit 811 Straftaten an den vorangegangenen Jahren orientiert. Ferner freue man sich, mit einer Auf-

klärungsquote von 63 Prozent über dem Landesdurchschnitt zu liegen.

Letztendlich machte Hildenbrand auch die geografische Lage Waldkirchs für den geringen Kriminalitätsstand mitverantwortlich, denn man könne nur an zwei Punkten im Tal den Tatort verlassen. Im Bereich „Mord und Totschlag“ gab es kein Vorkommnis, indes sind die Sexualdelikte in der Statistik angestiegen. Begründet ist dies aber darin, dass nunmehr diese Verbrechen auch strafrechtlich verfolgt werden können und sich somit in der Statistik niederschlagen. Bedauerlicherweise gibt es einen Verdacht auf Vergewaltigung, der Täter konnte ermittelt werden.

Die Rohheitsdelikte schlugen im vergangenen Jahr mit 114 Fällen zu Buche. Wer glaubt, dass dies unter anderem der Fasnet geschuldet ist, würde eines Besseren belehrt. „Vielmehr sind es Körperverletzungsdelikte von mitunter alkoholisierten Gruppen, die sich zumeist im Sommer an freien Flächen zusammenfinden und aneinandergeraten“, so Hildenbrand. Schwerpunkte gibt es nicht, vielmehr verteilen sich die Vorfälle über die gesamte Stadt.

Wohnungseinbrüche konnten erfreulicherweise mit einem Minus von 64 Prozent gegenüber den Vorjahren mit nur sechs Einbrüchen vermerkt werden, indes aber steigt die Betrugsdeliktanzahl an den Haustüren sowie die Internetkriminalität. Aber auch die sinnlosen Schmierereien an öffentlichen Einrichtungen sind nicht zu vernachlässigen. Die Täter macht Hildenbrand insbesondere bei heranwachsenden und erwachsenen deutschen Männern aus. „Flüchtlinge sind am Wenigsten dabei“ so sein Resümee.

Bei der Unfallstatistik kam es zu 183 Verkehrsunfällen, darunter 60 Verletzte sowie leider auch einem tödlichen Unfall. Neben der Unaufmerksamkeit der Fahrer als Hauptverursacher der Unfälle kommt vor allem auch der Wechsel von weniger Trunkenheitsfahrten zu mehr Drogenfahrten hinzu. Erfreuliches Resümee: Die „Heimattage Baden-Württemberg“ und ihre zahlreichen Großveranstaltungen haben bis heute keine vermehrten Auffälligkeiten ergeben.

Ferner gab Götzmann bekannt, dass die gute Kooperation mit dem „Kleiderladen“ ein weiteres Mal zu einer Rücküberweisung, diesmal in Höhe von 3.000 Euro geführt hat. Planungen für die Friedhofsgestaltung sollen bis September / Oktober folgen.

Rothmund gab noch den Wunsch des Behindertenbeirates weiter, dass bei zukünftigen städtischen Planungsprojekten intensiver mit einzubeziehen.

## Neue LED-Beleuchtung in Betrieb

„Kastelburg in Not“ in Aktion – Burgpflege benötigt auch weiterhin „vollen Einsatz“

Waldkirch. Mit der Sanierung des Turmes seien zwar die großen Unterhaltungs- und Sanierungsarbeiten abgeschlossen, heißt es seitens der Initiative „Kastelburg in Not“, aber die pflegerische Betreuung der Kastelburg bedeute weiterhin einen großen Aufwand. Die in die Jahre gekommene Burgbeleuchtung wurde komplett erneuert mit LED-Technik.



Spende und Unterstützer mit alten und neuen Scheinwerfern: Hubert Schmieder, Klaus Rümmele, Ralf Braun, Manfred Göpfrich, Andreas Weber, Richard Seng und Günther Grötzbach. Foto: Kastelburg in Not

Die Arbeitsgruppe „Kastelburg in Not“ des Heimat- und Geschichtsvereins Waldkirch stellte sich diese Tage mit 14 Mann den Pflegearbeiten und arbeitete innerhalb und außerhalb der Burg. Die Gruppe, weitgehend bestehend aus Mitgliedern der Narrenzunft Burghexen, versucht die Natur dort zurückzuhalten, wo sie nicht gewünscht ist: an Burg, Graben und im unmittelbaren Bereich davor. Wenn diese Freihaltung auch nicht mehr der ursprünglichen Absicht um freies Schussfeld diene, so sei sie doch unumgänglich, wenn nicht innerhalb kurzer Zeit die Ruine wieder wie bei Dornröschen in der Vegetation verschwinden solle.

Mit Sägen, Baumscheren und Freischneidern trat man an und befreite Mauer und Hänge von Bewuchs. Gerade in Frühjahr und Frühsommer während der starken Wachstumsperioden seien diese regelmäßigen Pflegearbeiten unbedingt erforderlich, wolle man nicht den Wettlauf mit der Natur verlieren. Diese Arbeiten sind nicht nur schweißtreibend, gerade im Bereich des Burggrabens sind sie auch nicht ungefährlich. An einigen Stellen ist deshalb eine Seilsicherung notwendig. Dies mache die Arbeiten nicht unbedingt leichter.

Nach erfolgreicher Arbeit gönnten sich die ehrenamtlichen Mitarbeiter die wohlverdiente Pause und erholten sich bei Speis und Trank. Das Essen wurde vom Gasthaus Altersbach,

die Getränke von der Hirschenbrauerei und Getränkemarkt Gommel gespendet. Mit solch großzügiger Unterstützung würden „die Bemühungen um die Erhaltung der Burg und damit unseres kulturellen Erbes gefördert“, wofür der Heimat- und Geschichtsverein Waldkirch „sehr dankbar“ sei.

### „Weitere großzügige Unterstützung“

Eine „weitere großzügige Unterstützung“ habe der Heimat- und Geschichtsverein mit seiner Arbeitsgruppe bei der Umsetzung des Projekts „Neue Burgbeleuchtung“ erfahren. Beschädigungen einzelner Scheinwerfer durch Vandalismus hätte eine Entscheidung erzwungen: Reparatur der bestehenden Beleuchtung oder Neuanlage. Das Ergebnis intensiver Beratung durch Fachleute lasse „keinen Zweifel daran, dass nur eine komplett neue Beleuchtung unter Berücksichtigung neuer Technologien sinnvoll“ sei (Gesamtkosten: rund 10.000 Euro).

Die neuen LED-Strahler haben einen Verbrauch von 40 Watt, während die bisherigen konventionellen Lampen 400 Watt verbrauchten. Unter Berücksichtigung eines zusätzlichen Strahlers (bisher 14) liegt der

neue Jahresverbrauch bei 600 Watt, was eine Einsparung um 89 Prozent entspricht. Beeindruckend seien auch die Werte bei der CO<sub>2</sub>-Emission: Künftig werde 4.450 Kilogramm CO<sub>2</sub> weniger ausgestoßen. Dies entspricht einem „Wert von 356 Büschen“.

Im Rahmen der Prüfung der Finanzierung habe man die Elektrofirmen Braun und Rümmele aus Waldkirch und die Stadtwerke Waldkirch gewinnen können, die schon die bisherige Beleuchtung maßgeblich unterstützt hätten. Nicht zu vergessen sei auch „die großzügige Spende, die der Stadtorient Karl-Heinz Kury bereits im Vorfeld geleistet hat“. Mit finanzieller, technischer und materieller Unterstützung der Genannten habe die neue Beleuchtung installiert und pünktlich zu den Waldkircher Heimattagen in Betrieb genommen werden können.

Kleinere Feinjustierungen werden noch vorgenommen, doch insgesamt stellt sich die Kastelburg schon jetzt in „neuem Licht“ dar. Dies sei, so die Arbeitsgruppe, ein weiteres Beispiel dafür, wie eine Gruppe Gleichgesinnter, unterstützt durch Handwerker und Betriebe, erstaunliche Leistungen vollbringen können, wenn der „Geist des Gemeinsinns“ mitwirke.